



NIEDERSCHRIFT

über die

öffentliche Sitzung des Gemeinderates Nr. 02/24

vom 5. Februar 2024
Sitzungssaal Rathaus

Vorsitz:

Erster Bürgermeister Armin Dirschl

Schriftführer:

Karin Pregler

Der Vorsitzende erklärte die Sitzung um 19:30 Uhr für eröffnet. Er stellte fest, dass sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen wurden. Die Mehrheit der Mitglieder ist anwesend und stimmberechtigt. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Gremiumsmitglieder:

Zweiter Bürgermeister Manuel Hagen
Sabine Beck
Christian Buchner
Dr. Gerhard Giegerich
Wolfgang Gruber
Georg Kiendl
Bastian Kleinert
Thomas Kleinert
Josef Köglmeier jun.
Dr. Gerhard Kuhn
Andreas Schönborn
Christopher von und zu Lerchenfeld
Dritte Bürgermeisterin Christiane Reinfrank

Bemerkung:

ab TOP 2

TOP 1	Genehmigung der Niederschrift der letzten öffentlichen Sitzung
--------------	-----------------------------------------------------------------------

Sachverhalt:

Die Niederschrift der letzten Gemeinderatssitzung wurde allen Gemeinderatsmitgliedern zugestellt.

Beschluss:

Es werden keine Einwände gegen die Niederschrift der letzten öffentlichen Sitzung erhoben.

Abstimmungsergebnis: 13 : 0

TOP 2	Trennvorhang zwischen Sitzungszimmer und Trauzimmer
--------------	------------------------------------------------------------

Sachverhalt:

Für die Raumabtrennung im Sitzungssaal wurde die Fa. Mabo aus Obertraubling gebeten, ein Angebot abzugeben, nachdem zwei andere Firmen aus dem Raum Chiemsee nach Besichtigung und Aufmaß mitgeteilt haben, dass es ihnen nicht möglich ist, hierfür ein Angebot abzugeben. Die Fa. Mabo hat schon verschiedene öffentliche Gebäude in anderen Gemeinden verschönert.

Frau Wanninger (Fa. Mabo) kam letztendlich zu dem Ergebnis, dass die Anbringung eines Trennvorhangs nur in Kombination mit einer Rigibdecke umsetzbar ist, da das Gewölbe unterschiedliche Höhen aufweist. Der Trockenbauer hat sich vor Ort ein Bild gemacht und Aufmaß genommen. Geplant ist die Erstellung einer Trockenbauwand beidseitig mit 2 x 12,5 mm GKB-Bauplatten. Diese werden beidseitig verspachtelt und mit Dispersionsfarbe weiß gestrichen. Der Flächenvorhang ist eine Stoff-Panelle in schwer entflammbarer Ausführung, wie in öffentlichen Gebäuden vorgeschrieben. Der Farbton, bevorzugt ein Rotton, ist noch von der Verwaltung zu entscheiden.

Aus den beiliegenden Skizzen ist auch ersichtlich, dass der Flächenvorhang breiter und auch schmaler angebracht werden kann. Es könnten z. B. 5 breitere Paneele links und rechts angesetzt werden oder 10 kleinere, was evtl. optisch auch schöner wäre. Die Kosten können dem beiliegenden Angebot entnommen werden. Weiter im Angebot enthalten sind die Kosten für den Einbau von Plissee-Stores an den Türen, Fensterflügeln und Unterlichtern sowie einer Sonnenschutzfolie an den Oberlichtern im Sitzungssaal, da – im Gegensatz zu allen anderen Räumen auf der Südseite des Rathauses – auf Anweisung des Ersten Bürgermeisters bisher keine Beschattung installiert wurde. Aus Sicht der Verwaltung wird eine Beschattung im Sitzungssaal ebenfalls empfohlen, da auch tagsüber Besprechungen stattfinden und durch die Sonneneinstrahlung eine erhebliche Blendwirkung entsteht.

Frau Wanninger wird gebeten, die Umsetzung in der Sitzung detailliert vorzustellen und für Fragen zur Verfügung zu stehen. Über die Vergabe wird in nichtöffentlicher Sitzung entschieden.

Diskussionsverlauf:

Frau Wanninger bedankt sich für die Einladung und informiert das Gremium über die Anbringung eines Flächenvorhangs mit Anbringung einer Trockenbauwand anhand von verschiedenen Farbmustern. Die Vergabe erfolgt in nichtöffentlicher Sitzung.

TOP 3	Bauanträge
--------------	-------------------

Sachverhalt:

Unter diesem TOP werden die eingereichten Bauanträge behandelt.

TOP 3.1	Antrag auf Überdachung der Terrasse in der Rilkestraße 27, Fl. Nr. 114/247 der Gemarkung Köfering
----------------	----------------------------------------------------------------------------------------------------------

Sachverhalt:

Der Antragsteller beantragt auf Fl. Nr. 114/247 der Gemarkung Köfering die bestehende Terrasse mit einem Glasdach zu überdachen. Die Tiefe der Terrasse beträgt 3,83 m, die Fläche insgesamt ca. 30 qm. Durch die Überschreitung der Tiefe von 3,00 m ist das Vorhaben nicht mehr verfahrensfrei gem. Art. 57 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe g) BayBO, sondern ein genehmigungspflichtiges Bauvorhaben.

Das Grundstück befindet sich im rechtsverbindlichen Bebauungsplan „Weiherbreite BA III“. In den Festsetzungen des Bebauungsplanes ist unter Nr. 2.1 „Gestaltung der baulichen Anlagen“ die Dachdeckung des Gebäudes mit Blech- oder Dachsteinen in den Farbtönen rot, braun, grau und schwarz festgelegt. Die Ausführung in Glas widerspricht der Festsetzung. Hierfür ist ein Antrag auf Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes gem. § 31 Abs. 2 BauGB erforderlich. Das Landratsamt hat auch noch auf die fehlende Abstandsfläche zum Nachbargrundstück mit der Fl. Nr. 114/246 hingewiesen.

Der Antrag für die beiden Abweichungen liegt schriftlich vor. Für die Abweichung von den Abstandsflächen ist vom Gemeinderat kein Beschluss zu fassen, da die Überprüfung im Zuständigkeitsbereich der Genehmigungsbehörde liegt. Die Unterschriften der angrenzenden Nachbargrundstücke mit den Fl. Nrn. 114/246 und 114/248 liegen vor.

Es wird empfohlen, das gemeindliche Einvernehmen zu erteilen und für die Abweichung eine Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes „Strassacker Ost II“ zu erteilen.

Diskussionsverlauf:

Aus dem Gremium wird die Frage gestellt, ob die Verglasung auch seitlich erfolgen soll, was von der Verwaltung bereits abgeklärt wurde und nicht der Fall ist. Eine seitliche Verglasung ist der Bau eines Wintergartens und ein weiteres genehmigungspflichtiges Bauvorhaben.

Beschluss:

Der Gemeinderat befürwortet den Antrag auf Überdachung der Terrasse auf Fl. Nr. 114/247 der Gemarkung Köfering und erteilt hierfür das gemeindliche Einvernehmen. Für die Ausführung des Daches in Glas stimmt der Gemeinderat einer Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes gem. § 31 Abs. 2 BauGB zu. Eine seitliche Verglasung wird nicht befürwortet.

Abstimmungsergebnis: 14 : 0

TOP 3.2	Anbau einer Terrassenüberdachung an ein bestehendes Gebäude in der Bahnhofstraße 18
----------------	--------------------------------------------------------------------------------------------

Sachverhalt:

Der Antragsteller beantragt in der Bahnhofstraße 18 den Anbau einer Terrassenüberdachung an ein bestehendes Gebäude. Das Dach soll als Glasdach ausgeführt werden. Die Tiefe der Terrasse beträgt 3,12 m, die Fläche beträgt insgesamt 23 qm. Durch die Überschreitung der Tiefe von 3,00 m ist das Vorhaben gem. Art. 57 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe g) BayBO, nicht mehr verfahrensfrei, sondern ein genehmigungspflichtiges Bauvorhaben.

Das Bauvorhaben befindet sich im rechtsverbindlichen Bebauungsplan „Strassacker Ost II“. In den Festsetzungen des Bebauungsplanes unter Nr. 2.1.2.2 „Dachform und Dachdeckung“ ist geregelt, dass die Dachelemente in ziegelrot, rotbraun, grau oder schwarz auszuführen sind. Das

Glasdach widerspricht den Festsetzungen des Bebauungsplanes. Für die Abweichung wird eine Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes beantragt.

Die angrenzenden Nachbarn haben dem Vorhaben zugestimmt. Es wird empfohlen, das gemeindliche Einvernehmen zu erteilen und für die Ausführung eines Glasdaches einer Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes „Strassacker Ost II“ zuzustimmen.

Diskussionsverlauf:

Auch hier wird die Frage gestellt, ob die Terrassenüberdachung auch seitlich erfolgen soll, was wiederum von der Verwaltung abgeklärt wurde und vereint wird.

Beschluss:

Der Gemeinderat befürwortet den Antrag auf Überdachung der Terrasse auf Grundstück Fl. Nr. 412/29 der Gemarkung Köfering und erteilt hierfür das gemeindliche Einvernehmen.

Für die Errichtung des Glasdaches stimmt der Gemeinderat einer Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes gem. § 31 Abs. 2 BauGB zu. Eine seitliche Verglasung wird nicht befürwortet.

Abstimmungsergebnis: 14 : 0

TOP 4 Ausstattungsgegenstände neuer Dorfplatz

Sachverhalt:

Das Planungsbüro EBB hat für den Ausbau der Ortsmitte das Sortiment für die Außenmöblierung vorgelegt. Hierzu zählen die Parkbänke, Abfallbehälter, Poller mit Kette, E-Bike, Elektrant, Fahnenmast, Wallbox, Müllhaus, Fahrradständer/Anlehnbügel sowie Beleuchtung. Die bereits festgelegten Positionen sind ab Seite 8 ersichtlich.

Die Parkbank (Nr. 1) gibt es in verschiedenen Holzarten (Fichte, Esche). Angeboten wird eine Sitzbank „Lumino“ mit Rückenlehne mit sehr hartem und witterungsbeständigem Holz. Lange Glanzhaltigkeit und Farbechtheit wird garantiert. Die Alternativen sind preisgünstiger und bewegen sich zwischen 537,00 € und 759,00 € je Sitzbank.

Der Abfallbehälter (Nr. 2) ist in Weißaluminium erhältlich.

Zur Nr. 3 „Poller mit Kette“ wird mitgeteilt, dass die Kette separat auszuschreiben ist. Die Poller sind sehr umweltfreundlich und dauerhaft. Das Material ist Gußeisen und Stahl. Es gibt auch Pfosten zum Herausnehmen mit Dreikantschloss. Diese werden in verschiedenen Farben und in Edelstahl angeboten.

Für E-Bike Nutzer gibt es eine Abstellanlage (Nr. 4) mit der Bezeichnung VELO-CONNECTOR. Es handelt sich um eine Ladestation für eines oder mehrere E-Bikes. Die Abstellanlage ist diebstahlsicher und ein verschließbarer Stauraum für Helm und Gepäck.

Die Ausführung des Elektranten (Nr. 5) ist von der Gemeinde zu entscheiden. Die Kosten bewegen sich zwischen 5.300,00 € (UVP für Arena 800) und 8.000,00 €. Empfohlen wird die UVP für Arena 800 mit 2.16A oder 2.232A; 6 Schukos) zum Preis von 5.300,00 – 6.000,00 € netto.

Das Maibaumfundament (Nr. 6) wurde mit den Verantwortlichen der Feuerwehr abgestimmt. Im Nachtrags-LV wird die zusätzliche Steckdose für die Maßbaumbeleuchtung berücksichtigt. Für die Entwässerung/Strom sind im Fundament Anschlussdurchführungen vorgesehen.

Der Fahnenmasten (Nr. 7) wird aus Aluminium mit einer Höhe von 5-8 Metern angeboten; TÜV geprüft und GS-geprüfte Sicherheit. Im vorgelegten Sortiment sind verschiedene Arten auswählbar.

Dies ist noch zu entscheiden. Es soll geprüft werden, ob die Fahnenmasten vom alten Rathaus zum Dorfplatz versetzt werden können.

Die Wallbox (Nr. 8) ist eine Standardausführung und über die REWAG zu beziehen.

Das Müllhaus (Nr. 9) und die Fahrrad-Anlehnbügel (Nr. 10) wurden vom Gemeinderat bereits in der Sitzung vom 12.06.2023 beschlossen, jedoch noch nicht beauftragt, da das Büro EBB vorschlägt, die Optik der Mülleinhausung und der Fahrrad-Anlehnbügel an die restlichen Ausstattungsgegenstände des Dorfplatzes anzupassen. Die Arbeiten für die Herstellung des Fundaments der Fahrrad-Anlehnbügel war Inhalt einer Ausschreibung, die noch von der Fa. O. Schlösser Bau GmbH aus Barbing im Zuge des Rathausbaus umzusetzen sind.

Die Beleuchtungsmasten (Nr. 12) „Pollerleuchte Dorf- und Rathausvorplatz“ gibt es in verschiedenen Ausführungen. Vorgeschlagen wird eine Stello Pollerleuchte in grau Aluminium mit einer Höhe von 3,5 m. Benötigt werden insgesamt 11 Stück.

Die Beleuchtungsmasten für den Gehweg, Bushaltestelle und Straßenbeleuchtung sind identisch zur Grundschule, haben aber eine Höhe von 6 m. Benötigt werden 4 Masten und 8 Strahler. Die Beleuchtung der öffentlichen Parkplätze ist mit 2 Masten und 8 Leuchten geplant. Diese sind identisch zur vorhergehender Position. Zwecks Abstrahlwinkel wurden die Leuchtenköpfe angepasst.

Für die Anbringung einer E-Ladesäule für Autos wurde der Kauf- und Dienstleistungsvertrag unterzeichnet. Im Rahmen des Kommunalförderungsprogramms erhält die Gemeinde eine Ladesäule kostenlos. Die Ladesäule kostet einmalig 1,00 €. Die Kosten für die Montage, Anschluss und Inbetriebnahme betragen einmalig 2.368,10 €, sowie monatlich 64,90 €. Der Netzanschlussvertrag von Bayernwerk liegt noch nicht vor.

Unter der Rubrik „bereits festgelegte Ausführungen“ sind für Nr. 9, 10 und 11 bereits Beschlüsse gefasst worden, die in der Anlage ersichtlich sind. Die Punkte 12a, 12b und 12 c) sind Inhalt der Ausschreibung.

In der Übersicht zu den beschließenden Ausführungen der Außenmöblierung mit den aufgeführten Kosten ist ersichtlich, was die Gemeinde Köfering noch auswählen bzw. beschließen muss.

Zu beschließen ist die Ausführung der Parkbank (Nr. 1), die Optik des Abfallbehälters (Nr. 2). Gleiches gilt für die Nr. 3, 4 und 5.

Diskussionsverlauf:

Der Bürgermeister geht anhand den Unterlagen des Planungsbüros im Gemeinderat die noch zu beschließenden Ausführungen in den einzelnen Positionen durch. Alle Positionen/Kosten wurden bereits in der Kostenberechnung vom 23.10.2023 berücksichtigt, sowie vom Gemeinderat abgesegnet.

Beschluss:

Zu Nr. 1 „Parkbank“ wird eine Ausführung in Rubine mit pulverbeschichtetem Metallgestell gewünscht. Die Bänke sollen im Winter im Freien gestapelt werden. Der im Leistungsverzeichnis festgelegte Preis in Höhe von 1.644,05 € für insgesamt 6 Stück soll nicht überschritten werden. Das Planungsbüro wird beauftragt, neue Angebote vorzulegen.

Zu Nr. 2 „Abfallbehälter“ werden zwei Stück in der Ausführung Weißaluminium zum Preis von a) 619,03 €, gesamt 1.238,06 € beschafft.

Zu Nr. 3 „Poller mit Kette“ soll von der Fa. KoneMag die preisgünstigere Variante zum Zug kommen.

Bei Nr. 4 „Ladestation E-Bike“ in der Ausführung VELO-CONNECTOR RAL 9006 sind in der Erweiterung des BA 01 insgesamt 4 Stück vorgesehen. Der Gemeinderat vertritt mehrheitlich die Auffassung, dass 2 Stück Ladestationen ausreichend sind. Allerdings sind die Kabel für eine spätere Erweiterung miteinzuplanen.

Der Unterfluydrant in Nr. 5 soll in der vorgeschlagenen Empfehlung in der Ausführung Arena 800 mit 2x16 und 1x32 Schukos angeschafft werden. Dies ist eine Änderung des BA 01 und wird mit Kosten von ca. 14.250,00 € beziffert.

Das Maibaumfundamt (Nr. 6) wurde bereits in Abstimmung mit den Verantwortlichen der FFW beschlossen; Angebotspreis 19.147,10 €. Für Entwässerung/Strom sind im Fundament Anschlussdurchführungen vorgesehen.

Zu den Fahnenmasten werden nur Bodenhülsen beschafft. Die drei Fahnenmasten bei der Grundschule sollen zum Dorfplatz versetzt werden. Damit entfallen die Kosten von 4.500,00 €, die im Erweiterungs-BA01 vorgesehen sind.

Zur Wallbox (Nr. 8) wird mitgeteilt, dass die Gemeinde Köfering im Rahmen des Kommunalförderungsprogramms diese für 1,00 € erhält. Für Montage, Anschluss und Inbetriebnahme der Ladesäule fallen einmalig 1.991,00 € zzgl. 19 % Mwst. = 378,10 €, gesamt 2.368,10 € an, sowie einem monatlichen Dienstleistungsentgelt von 64,90 €.

Die Grabarbeiten (Einbau des Fertigfundaments) sind im Preis nicht mitenthalten. Die Schriftführerin teilt ergänzend mit, dass der Stromvertrag noch nicht vorliegt.

Die bereits festgelegten Ausführungen wurden in der Übersicht aufgeführt. Auch diese Positionen/Kosten wurden bereits in der Kostenberechnung vom 23.10.2023 berücksichtigt.

Die Punkte 9 bis 11 wurden vom Gemeinderat in der Sitzung am 12.06.2023 behandelt.

Die Protokollauszüge waren Anlage der Ladung. Insgesamt sollen vier Fahrradanhängerbügel beschafft werden, so dass an jedem Eingang (2 Stück beim Haupteingang des Rathausgebäudes und 2 Stück beim Hintereingang zur Post) angebracht sind. Das Angebot der Fa. Forster beträgt 13.322,05 € zzgl. einem weiteren Fahrradanhängerbügel. Für die Müllcontainer (Restmüll und Papier) soll eine Einhausung bzw. Unterstellmöglichkeit am südwestlichen Ende des Dorfplatzes für insgesamt drei Container geschaffen werden.

Zum Thema „Beleuchtung“ am Dorfplatz wurde der Vorschlag gemacht, diese mit der Straßenbeleuchtung zu koppeln oder ggf. von 02.00 Uhr bis 05.00 Uhr früh komplett auszuschalten oder runter dimmen. Es besteht dann aber keine Möglichkeit, das Licht abzustellen. Der Bürgermeister informiert, dass es nur zwei Möglichkeiten gibt. Die andere Lösung ist die Anbringung einer Zeitschaltuhr (Bayernwerk), so dass das An- und Ausgehen des Lichtes geregelt werden kann. Dieser Kreis (separates Relais) kann dann von der Gemeinde unterbrochen bzw. gesteuert werden. Angesprochen wird auch die Beleuchtung in den Schaukästen.

Zum Thema „Brunnen“ wird eine Ausführung mit 9 Düsenfeldern in rechteckiger Form bevorzugt. Zusätzlich wird angeregt, den Brunnen zu beleuchten (LED). Angebote hierfür sollen vom Planungsbüro eingeholt werden.

Abstimmungsergebnis: 14 : 0

Sachverhalt:

Die Staatliche Rechnungsprüfungsstelle des Landratsamtes Regensburg hat in der Zeit vom 09.03.2023 bis 21.09.2023 die Jahresrechnungen von 2005 bis 2021 der Gemeinde Köfering gem. Art. 105 Abs. 1, Art. 106 Abs. 1 GO überörtlich geprüft. Die letzte überörtliche Rechnungsprüfung umfasste die Jahresrechnungen 1991 bis 2004, die Prüfungsfeststellungen wurden in der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 09.01.2006 ordnungsgemäß behandelt.

Aufgrund des umfangreichen Prüfungsstoffs beschränkte sich die Prüfung auf erweiterte Teilgebiete und Stichproben, wobei sich die Prüfungshandlungen vorwiegend mit materiellem Recht befassen. Die geprüften Unterlagen ergeben sich aus dem Prüfungsbericht; die Prüfungsfeststellungen wurden mit den beteiligten Verwaltungskräften erörtert. Das erforderliche Vorgehen wurde im Vorfeld mit dem Geschäftsleiter, Herrn Strobel, besprochen. Am 16.11.2023 erfolgte die Schlussbesprechung, an der von Seiten der Gemeinde Herr Bürgermeister Dirschl und der Geschäftsleiter, Herr Strobel, sowie Herr Lohr als Prüfer teilgenommen haben.

Grundsätzlich lässt sich über den gesamten Prüfungszeitraum feststellen, dass sich die Gemeinde Köfering gut entwickelt und erfolgreich gewirtschaftet hat. Seit 2006 konnte die Gemeinde Köfering stets einen genehmigungsfähigen oder genehmigungsfreien Haushalt vorlegen. Die bestehenden Schulden wurden bis auf einen zu vernachlässigenden Teil sukzessive abgebaut, die allgemeine Rücklage entwickelte sich dabei positiv und wies zum Ende des Prüfungszeitraums einen Stand von 1.976.268,78 Euro aus. Die freie Finanzspanne der Gemeinde Köfering hat seit dem Jahr 2013 enorm zugelegt und zeigt, dass die Gemeinde Köfering wirtschaftlich in der Lage ist, auch ehrgeizige Ziele in Angriff zu nehmen und zu erreichen. Ein wichtiger Baustein für die Entwicklung der freien Finanzspanne war die Anhebung der Hebesätze für die Grundsteuer B und die Gewerbesteuer. Finanziell positive Auswirkungen hatte die substanzielle bauplanungsrechtliche Tätigkeit der Gemeinde mit Ausweisung zahlreicher Baugebiete. Hiermit einher ging eine massive Steigerung der Einkommenssteuerbeteiligung und auch der Schlüsselzuweisungen. Bei den Ausgaben im Verwaltungshaushalt fällt vor allem die Kreisumlage ins Gewicht, die zuletzt die Millionengrenze überschritt und ebenfalls auf die wachsende Steuerkraft der Gemeinde hinweist.

Zu den einzelnen Textziffern des Prüfungsberichts vom 16.11.2023 wird in öffentlicher Sitzung wie folgt Stellung genommen:

1. TZ 1:

Der Erlass von Dienstanweisungen fällt in den Zuständigkeitsbereich des ersten Bürgermeisters. Ein entsprechender Gemeinderatsbeschluss geht daher ins Leere.

Stellungnahme der Verwaltung:
Künftige Beachtung wird zugesichert.

2. TZ 2:

Das Einverständnis der ehrenamtlichen Bürgermeister zur Höhe der beschlossenen Festsetzung der Entschädigung ist künftig einzuholen und in der Sitzungsniederschrift festzuhalten.

Stellungnahme der Verwaltung:
Das Einverständnis der ehrenamtlichen Bürgermeister wird in einer der nächsten Gemeinderatssitzungen nachgeholt.

3. TZ 4:

Die Gemeinde sollte darauf bestehen, dass die Regelungen in Ziffer 23 Sätze 2 und 3 sowie Ziffer 24 Abs. 2 Satz 2 eingehalten werden.

Stellungnahme der Verwaltung:
Künftige Beachtung wird zugesichert.

4. TZ 6:

Die Gemeinde sollte erwägen, bei künftigen Defizitvereinbarungen auf die Einschaltung eines Rechtsanwalts zu verzichten.

Stellungnahme der Verwaltung:
Künftige Beachtung wird zugesichert.

5. TZ 8:

Die Gemeinde Köfering hat die Regelung bezüglich der Finanzierung der Kinderkrippe gegenüber der Gemeinde Alteglofsheim nicht vollständig umgesetzt. Die vertraglichen Regelungen über eine Kostenaufteilung wären zu präzisieren.

Stellungnahme der Verwaltung:
Mit der Gemeinde Alteglofsheim soll Kontakt aufgenommen und vereinbart werden, dass der Personal- und Sachaufwand und die Bauunterhaltskosten für die Kinderkrippe „KoAla-Nest“ als Kosten des Betriebs umlagefähig sind. Da Selbstaufzeichnungen seitens der Gemeinde Köfering bisher nicht erfolgt und auch künftig nicht beabsichtigt sind, sollte eine einvernehmliche Lösung bzgl. des entsprechenden Zeitanteils getroffen werden.

6. TZ 9:

Es wäre zu prüfen, ob ein Versicherungsfall gegeben ist oder ob anderweitiges Verschulden vorliegt.

Stellungnahme der Verwaltung:
Sofern nach verwaltungsinterner Prüfung festgestellt wird, dass ein Versicherungsfall vorliegt, soll der Schaden der Versicherung gemeldet werden. Andernfalls wird die TZ zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Mit der von der Verwaltung vorgeschlagenen Vorgehensweise besteht Einverständnis.

7. TZ 10:

Es liegt eine Überzahlung an die Jäger Bau GmbH in Höhe von 13.756,47 Euro für das Gewerk 3, „Umbau Bestand Grundschule“ vor, die zurückzufordern ist.

Stellungnahme der Verwaltung:
Nach mehreren Aufforderungen hat die Fa. Jäger Bau GmbH die Überzahlung vollständig erstattet; die weitere Bearbeitung der TZ hat sich dadurch erledigt.

8. TZ 11:

Zusätzliche Planungskosten in Höhe von 1.702,89 Euro sind durch ein Versäumnis der Verwaltung entstanden. Der Schaden wäre der Vermögenseigenschadenversicherung zu melden.

Stellungnahme der Verwaltung:
Die Kosten entstanden, da das Bauleitplanverfahren „An der Gärtnerei“ vom ehemaligen Beschäftigten P. nicht mehr weitergeführt wurde und eigentlich bereits erstellte Unterlagen für dieses Bauleitplanverfahren nochmals erstellt und in 40-facher Ausfertigung vorgelegt werden mussten. Diese enorme Anzahl an Ausfertigungen resultierte aus der damaligen schriftlichen Form der Ladung der Gemeinderatsmitglieder, die sämtliche Unterlagen in Papierform erhielten. Nachdem diese Kosten auf Versäumnisse des Beschäftigten P. und damit der Gemeinde basieren, konnten sie nicht dem Investor in Rechnung gestellt werden und sind daher der Vermögenseigenschadenversicherung zu melden.

Beschluss:

Die Kosten für die zusätzliche Erstellung von Unterlagen für das Bauleitplanverfahren „An der Gärtnerei“ in Höhe von 1.702,89 Euro werden bei der Vermögenseigenschadenversicherung der Gemeinde geltend gemacht.

9. TZ 12:

Die Entsorgungskosten für die Containerleerung durch die Fa. Meindl GmbH wären künftig auf den Bauhof und den Friedhof aufzuteilen.

Stellungnahme der Verwaltung:
Künftige Beachtung wird zugesichert.

10. TZ 13:

Die Bezuschussung der Gemeinde Köfering für die Bücherei Alteglofsheim entspricht nicht der Beschlusslage.

Stellungnahme der Verwaltung:
Die Bezuschussung der Bücherei Alteglofsheim erfolgt jährlich mit einem Betrag in Höhe von 1.500 Euro. An diesem Betrag wird festgehalten.

Beschluss:

Die Bezuschussung der Bücherei Alteglofsheim erfolgt weiterhin jährlich mit einem Betrag in Höhe von 1.500 Euro.

11. TZ 14:

Vereinzelt fehlen in den Belegordnern Anordnungen mit Belegen bzw. Belege zur Anordnung. Ebenfalls vereinzelt war der beigelegte Beleg nicht aussagekräftig.

Stellungnahme der Verwaltung:
Künftige Beachtung wird zugesichert.

12. TZ 15:

Auf einigen Anordnungen fehlt die Unterschrift des Anordnungsbefugten.

Stellungnahme der Verwaltung:
Künftige Beachtung wird zugesichert.

13. TZ 16:

Abrechnungen für den Kostenersatz für Einsätze und andere Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr Köfering sind künftig ordnungsgemäß zu verbescheiden. Die Aufgabe wäre nach Möglichkeit nicht von der Kasse zu bearbeiten.

Stellungnahme der Verwaltung:
Künftige Beachtung wird zugesichert.

14. TZ 17:

Die Betriebskostenabrechnung für die Grundschule wurde zuletzt für den Zeitraum 01.07.2015 bis 30.06.2016 mit dem Schulverband vorgenommen. Die Abrechnungen wären zu erstellen.

Stellungnahme der Verwaltung:
Die Abrechnungen werden zeitnah erstellt und die Kostenerstattung beim Schulverband beantragt. Künftig erfolgen die Nebenkostenabrechnungen jährlich entsprechend der gesetzlichen Regelungen.

15. TZ 18:

Die örtliche Prüfung der Jahresrechnungen 2019 bis 2021 wäre durchzuführen. Gemäß Rücksprache mit der Verwaltung wird die Vorlage der Jahresrechnung 2019 nachgeholt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses wurde bereits darüber informiert, dass die örtliche Prüfung der Jahresrechnungen 2019 bis 2022 noch nachzuholen ist. Anschließend kann der Gemeinderat über die Feststellung der Jahresrechnung und über die Entlastung der Verwaltung Beschluss fassen.

Die Jahresrechnung ist grundsätzlich innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss des Haushaltsjahres aufzustellen und sodann dem Gemeinderat vorzulegen (Art. 102 GO). Künftig ist darauf zu achten, dass der Gemeinderat die Jahresrechnung in öffentlicher Sitzung nach örtlicher Prüfung der Jahresrechnung und Aufklärung etwaiger Unstimmigkeiten bis zum 30. Juni des auf das Haushaltsjahr folgende übernächste Jahr feststellt und die Entlastung der Verwaltung beschließt (Art. 102 Abs. 3 Satz 1 GO).

Diskussionsverlauf:

Der Erste Bürgermeister informiert das Gremium über die Textziffern 9, 11 und 13 die vom Gemeinderat zu beschließen sind. Für die Prüfung der Jahresrechnungen der Jahre 2019 bis 2021 sollen 3 Termine vorgeschlagen werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat Köfering nimmt Kenntnis von der durchgeführten, überörtlichen Rechnungsprüfung der Jahresrechnungen 2005 bis 2021 sowie deren Prüfungsfeststellungen durch die staatliche Rechnungsprüfungsstelle des Landratsamtes Regensburg.

Auf die Stellungnahmen und Beschlüsse bei den einzelnen Textziffern wird verwiesen, die Beschlüsse bei den Textziffern Nr. 9, 11 und 13 wurden mit 14:0 einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 14 : 0

TOP 6	Bekanntgaben aus der letzten nichtöffentlichen Sitzung
--------------	---------------------------------------------------------------

Sachverhalt:

Bei folgenden Tagesordnungspunkten der letzten nichtöffentlichen Sitzung hat der Gemeinderat mit Beschluss die Nichtöffentlichkeit aufgehoben:

- TOP 2.1 Vergabe der Abbrucharbeiten für das Anwesen Schulstraße 15 an die Fa. Geser GmbH (Mintraching)
- TOP 2.2 Vergabe der Planungsleistungen für die Konzepterstellung zur Erweiterung des Schulgeländes an das Architekturbüro Manfred Winkler (Wörth a. d. Donau)
- TOP 7 Bestellung von Frau Stefanie Molski zur Kassenverwalterin und Frau Anna König zur stellvertretenden Kassenverwalterin
- TOP 9 Annahme der Zuwendungen 2023 durch den Gemeinderat

TOP 7	Fragen, Informationen, Hinweise aus dem Gemeinderat
--------------	------------------------------------------------------------

Sachverhalt:

Unter diesem Tagesordnungspunkt haben Gemeinderatsmitglieder die Möglichkeit, Anregungen, Fragen, Hinweise, Informationen usw. vorzubringen.

Aus dem Gemeinderat werden heute folgende Punkte genannt:

- Nachgefragt wird, ob bei der Fa. Abel & Käufel die Sirenenmasten bestellt sind und wann die Lieferung erfolgt.
- Beim Bewegungspark/Motorikpark soll ein Mülleimer aufgestellt werden
- Die Frage, ob das Wehr wiederhergestellt worden ist, ist zu klären
- Informiert wird das Gremium, dass an der Bushaltestelle Höhe Freizeit- und Erholungszentrum der Mülleimer versetzt und im Erlenweg angebracht wurde.
- Nachgefragt wird, ob beim Anwesen Krone (Am Bahndamm 1) die Bahnarbeiten bereits erledigt sind. In diesem Zusammenhang wird das Gremium informiert, dass die Mülltonnen mehrmals gestohlen worden sind. Die Müllversorgung erfolgt derzeit durch Müllsäcke.
- Die Deutsche Bahn soll darauf hingewiesen werden, dass unter der Brücke eine Müllentsorgung stattfindet.

TOP 8 Verschiedenes

Sachverhalt:

Bürgermeister Dirschl informiert den Gemeinderat über aktuelle Entwicklungen aus der Gemeinde und Anregungen/Wünschen der Bevölkerung.

TOP 8.1 Termin der nächsten Gemeinderatssitzung

Sachverhalt:

Bürgermeister Dirschl gibt den geplanten Termin der nächsten Sitzung bekannt:

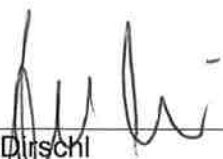
Datum: Montag, 04.03.2024
Uhrzeit: 19.30 Uhr
Ort: Sitzungssaal Rathaus

Um 21:35 Uhr wurde die Sitzung geschlossen.

Gemeinde Köfering

Vorsitzender

Schriftführer



Armin Dirschl

Erster Bürgermeister



Karin Pregler